

# KUNST CHRONIK

## MONATSSCHRIFT FÜR KUNSTWISSENSCHAFT MUSEUMSWESEN UND DENKMALPFLEGE

54. JAHRGANG Januar 2001 HEFT 1

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALINSTITUT FÜR KUNSTGESCHICHTE IN MÜNCHEN  
MITTEILUNGSBLATT DES VERBANDES DEUTSCHER KUNSTHISTORIKER E.V.  
VERLAG HANS CARL, NÜRNBERG

---

### Denkmalpflege

---

#### Braucht Potsdam keine Baudenkmale?

Betrachtet man die jüngste Entwicklung der Potsdamer Stadtverwaltung, so scheint ein Vernichtungskampf gegen jene begonnen zu haben, die Potsdam für eine Stadt der Schlösser und Gärten halten. Waren sich die Stadtväter der Weimarer Republik nicht zu schade, an der Bezeichnung »Residenzstadt Potsdam« auch nach 1919 festzuhalten, so sind die heutigen vor allem bestrebt, aus dem »unterentwickelten« Potsdam ein »Oberzentrum« zu machen, ohne zu berücksichtigen, daß Potsdam viele Zentrumsfunktionen immer dem nahen Berlin überlassen muß. Das Motto heißt: »Potsdam ist mehr als Geschichte«. Um ein Oberzentrum zu sein, ist ein standardisierter Anforderungskatalog zu erfüllen, wobei ortstypische Qualitäten keine Rolle spielen. Dieser Politik ist es u. a. zu verdanken, daß Potsdam einen in seiner Baumasse vollkommen überzogenen Bahnhof mit Einkaufszentrum sowie eine Ansammlung von sündhaft teuren »Stadt villen« an der Havel gegenüber dem Babelsberger Park erhalten hat, und daß

derzeit ein neuer Stadtteil nördlich des friderizianischen Ruinenbergs hochgezogen wird, dessen landschaftliche Aussichten dadurch stark beeinträchtigt werden.

Oberbürgermeister Matthias Platzeck (SPD) forciert seit seinem Amtsantritt eine Verwaltungsreform. Dabei entdeckte er, daß es zahlreiche sog. Ämter gab, damit letztlich ein Relikt der Monarchie, und darunter — besonders hinderlich und wegen seines profilierten Leiters als einziges Amt auch außerhalb des Oberzentrums bekannt — ein Denkmalamt. Um zu sparen, riet man ihm, alle Ämter abzuschaffen und durch wenige Fachbereiche zu ersetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte am 4. Oktober 2000 ohne Diskussion Platzecks Antrag zu. Die nunmehrigen Fachbereiche gliedern sich in eigentliche Bereiche und sind sog. Geschäftsbereichen unterstellt, den vormaligen Stadträten. (Angeblich soll die Durchsichtigkeit der Verwaltung für die Bürger verbessert werden.) Potsdam hat kein

Denkmalamt mehr. Es gibt jetzt einen Bereich Denkmalpflege, der zum Fachbereich Stadterneuerung und Denkmalpflege gehört und vom früheren Leiter des Stadterneuerungsamtes verwaltet wird. Beide Fachbereiche unterstehen dem Geschäftsbereich für Stadtentwicklung und Bauen.

Bereits bisher hatte es das Denkmalamt, das zum Kulturressort gehörte, sehr schwer, seine Belange gegenüber dem starken Bauressort zu vertreten, das alles tat, um die verbliebenen Freiflächen mit neuen Stadtteilen und Centern zu bebauen. Manches historische Bauwerk mußte weichen wie das 1788 erbaute Haus Tümmel, Friedrich-Engels-Str. 70, das in die *Bau- und Kunstdenkmale der DDR* aufgenommen war. Hier befindet sich heute ein Busbahnhof. Es fehlte nicht an öffentlicher Kritik, die in der Drohung der UNESCO gipfelte,

Potsdam auf die Liste des gefährdeten Kulturerbes zu setzen. Dem nunmehrigen Bereich Denkmalpflege ist es durch Unterordnung ins Bauressort von vornherein unmöglich gemacht, abweichende Ansichten zu vertreten. Der Gewaltstreich des Oberbürgermeisters schockiert in zweifacher Hinsicht. Einmal weil dieser in der Erwartung gewählt wurde, daß er der Denkmalpflege mehr Gewicht verschaffen werde als sein Vorgänger Horst Gramlich (SPD), der im SED-Staat Kader ausgebildet und in seiner Dissertation den verstärkten Abriß von Altbauten gefordert hatte. Zum anderen erfolgte die Abschaffung des Denkmalamts kurz nachdem dessen langjähriger Leiter, Andreas Kalesse, wegen seines Engagements in der Denkmalpflege mit der Medaille des Bundesverdienstkreuzes ausgezeichnet worden war.

Iris Lauterbach

## Hohe Schlotte, weites Land

*Der Strukturwandel im Ruhrgebiet und seine Mediatisierung durch die IBA Emscher Park*

Im Jahr nach der rauschenden Abschlußpräsentation der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park zeichnet sich ab, daß das ehrgeizige Strukturprogramm in Teilen selbst Vision geblieben ist. Einzelne Vorzeigebjekte geraten unversehens zu Kristallisationspunkten eines zwar impulsiv vorgetragenen, doch entwicklungspolitisch zuweilen wenig förderlichen Transformationsprozesses. Zugleich wird evident, daß die regionalen Raumstrukturen und das damit verbundene Landschaftsbild heute nicht mehr als planbares Fertigprodukt begriffen werden können. Vielmehr liegt ihr Wesen gerade im Wandel begründet – ein Vorgang, der seit der Industrialisierung auch als Verlust wahrgenommen wird. So gesehen, bedarf die Landschaft als postindustrielle Szenerie und Spiegel menschlicher Produktivität einer steten, immer wieder neuen Aneignung.

Deshalb läßt sich fragen, ob durch die vielen ambitionierten IBA-Großprojekte tatsächlich etwas für die noch stark (alt-)industriell dominierte Teilregion im Norden des Ruhrgebiets erreicht werden konnte. Stellt sich die Zukunft nach den zahlreichen regulativen Eingriffen nun aussichtsreicher dar, oder kann der schöne Schein der gegenwärtigen Event-Kultur zwischen Ruhr und Emscher nicht eher als modernistische, vordergründige wie populistische Planungsrhetorik entlarvt werden?

Um vom heutigen Standpunkt aus den Blick für die Analyse des Erreichten zu schärfen, soll zunächst skizziert werden, welche Entwicklungskräfte innerhalb der letzten 50 Jahre dazu geführt haben, daß sich ein neuer Typ regionaler Planungspolitik etablieren konnte. Aus städtebaulicher Sicht hat er das eigentümliche Prädikat »Regionaldesign« verdient (Voß,